

1 VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

2 Leitantrag zum Bundeskongress der Grünen am 3./4. Mai 2008, eingebracht vom
3 Bundesvorstand
4

5 1. PRÄAMBEL

6
7 Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität sind für die Grünen Teil der unaufhebbaren
8 Verantwortung des Menschen für den Menschen und zentrale Aufgabe aller Politik.
9 Jeder Mensch hat darauf Anspruch. In ihrer Verwirklichung sehen die Grünen das
10 zentrale Friedensprojekt.
11

12 Weltweit leben mehr als 1 Mrd. Menschen in absoluter Armut, denen pro Tag
13 weniger als 1 \$ zur Verfügung steht. Die Investitionen der wohlhabenden
14 Industrieländer in die Entwicklungszusammenarbeit sinken seit Jahren, während
15 gleichzeitig den Entwicklungsländern Marktzugänge und faire Preise verweigert
16 werden. Noch immer sind viele Entwicklungsländer vor allem Rohstofflieferanten,
17 deren Ressourcen unter Missachtung der Umwelt und des sozialen Gefüges
18 verwertet werden. Gegenwärtig verschärft der forcierte Anbau von Agrotreibstoffen
19 den Hunger in diesen Ländern. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Von der Erfüllung
20 der internationalen Vorgaben zur unverzüglichen Anhebung der EZA-Mittel auf 0,7 %
21 des Bruttonationaleinkommens bis 2015 ist Österreich meilenweit entfernt.
22

23 Das friedliche Zusammenleben in Europa fußt auf einem festen Fundament sozialer
24 Sicherheit. Über Jahrzehnte haben sich in Westeuropa mit dem wachsenden
25 Wohlstand auch die Lebensverhältnisse einer großen Mehrheit der Menschen
26 verbessert. Nach mehr als einem Jahrzehnt politischen Versagens vor der
27 Herausforderung der Globalisierung ist dieses Fundament in Europa und auch in
28 Österreich gefährdet. An die achtzig Millionen Menschen in der Europäischen Union
29 sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, davon zwanzig Millionen Kinder.
30 Und auch in Europa gilt: die Armut ist weiblich.
31

32 Steigende Ungleichheit der Einkommen, der Verlust des Arbeitsplatzes,
33 Preissteigerungen, teure Wohnungen und Kindergartenplätze, Selbstbehalte und
34 Studiengebühren treffen immer öfter auch die, die sich als „Mittelschicht“ bisher
35 sicher gefühlt haben.
36

37 Eine starke Mittelschicht ist nicht nur ein sicherer Träger der Wirtschaft - sie ist auch
38 das stabile Zentrum einer demokratischen Gesellschaft. Wenn immer mehr
39 Menschen aus der sozialen Mitte nach unten weg brechen und die Kluft zwischen
40 Einkommen aus Arbeit und Einkommen aus Vermögen und Kapital sich weiter öffnet,
41 droht die offene soziale Spaltung. An diesem Punkt sind viele europäische Staaten
42 angelangt. Österreich ist einer von ihnen. Der freie sich selbst überlassene Markt
43 schafft keinen sozial- und gesellschaftspolitischen Ausgleich, dies muss wieder
44 zentrale Aufgabe der Politik sein.
45

46 Ein weiteres Versagen der Politik würde nicht nur den sozialen Frieden im Inneren
47 aufs Spiel setzen, Nationalismus und politischen Extremismus begünstigen, sondern
48 auch die soziale Grundlage der Demokratie gefährden.
49

50 Die Fragen nach „Gerechtigkeit“ und „neuer Solidarität“ sind damit zu
51 Schlüsselfragen der internationalen, der europäischen und der österreichischen
52 Politik geworden. Die Antworten aber stehen aus.

53

54 2. SOZIALUNION EUROPA

55

56 Die Grünen sehen eine zweifache Verantwortung der Europäischen Union für
57 Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität: im Inneren gegenüber den eigenen
58 Bürgerinnen und Bürgern und nach Außen als politischer Akteur auf globaler Ebene.
59 Wir fordern von der österreichischen Politik, sich an diesen europäischen Aufgaben
60 aktiv und initiativ zu beteiligen.

61

62 „Gegen die großen Konzerne und die Akteure auf den internationalen Finanzmärkten
63 haben wir in Österreich keine Chance.“ Das ist oft eine Ausrede. Es ist Aufgabe der
64 österreichischen Politik ein soziales Europa mitzugestalten. Aber eines ist richtig: Im
65 Wettbewerb der Standorte ist Österreich nur einer von vielen. Einer Globalisierung
66 von Finanzinteressen und Spekulation, von fehlgeleiteter Ressourcenpolitik und
67 Entsolidarisierung können einzelne Staaten wenig entgegen setzen. Die Europäische
68 Union kann es – und Österreich als Akteur in ihr. Sie ist, selbst verglichen mit den
69 USA oder China, groß und mächtig genug. Sie muss es aber auch tun; sie braucht
70 ein neues Ziel: sie muss eine Soziale Union werden. Während SPÖ und ÖVP der
71 fatalen Illusion anhängen, sich bei Maßnahmen zur sozialen Sicherheit auf die
72 nationalstaatliche Ebene beschränken zu können, treten die Grünen für einen
73 Europäischen Raum der Sozialen Sicherheit, der Gerechtigkeit und Solidarität unter
74 Gemeinschaftsrecht ein. Nur so kann eine politische „Waffengleichheit“ der sozialen
75 Ziele gegenüber dem Binnenmarkt hergestellt werden. Die intergouvernementale
76 Zusammenarbeit in der sozialen Frage ist chronisch erfolglos.

77

78 **Aufgaben der Union nach Innen:**

79

- 80 • Harmonisierung von Körperschaft- und Kapitalertragsteuern in der EU: Die
81 Vereinheitlichung von Bemessungsgrundlagen, die Einführung von
82 Mindeststeuersätzen und das Schließen von Steuerschlupflöchern verhindern
83 internationales Steuerdumping (das die Finanzierung des Sozialstaats
84 untergräbt).
- 85 • Die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer (früher: „Tobin Tax“)
86 drängt spekulative Finanzströme zurück und dient v.a. zur Finanzierung
87 zielgerichteter Entwicklungszusammenarbeit.
- 88 • Gemeinsame soziale Standards und ein europäischer Mindestlohn (in
89 Prozenten des nationalen Durchschnittseinkommens).
- 90 • Gemeinsame europäische Armutsbekämpfung und Durchsetzung aller
91 Diskriminierungsverbote.
- 92 • Verankerung eines nachhaltigen und stabilen Wirtschaftswachstums, sowie
93 der Vollbeschäftigung als Ziele der Geldpolitik der EZB, neben dem Ziel der
94 Preisstabilität.
- 95 • Förderung europäischer Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen.
- 96 • Anerkennung der sozialen Standards des "Ziellandes" bei
97 grenzüberschreitenden Dienstleistungen im Binnenmarkt zur Beendigung des
98 sozialen Dumpings.

- 99 • Vorrang der Grundrechte vor den vier Freiheiten des Binnenmarktes und ein
100 verbesserter Zugang zum EuGH.
101 • Übernahme der Charta der Grundrechte und damit auch der sozialen Rechte
102 in die österreichische Bundesverfassung.
103

104 Viele Menschen in Europa messen die EU daran, ob und wie sie ihre
105 Lebensinteressen ernst nimmt. Ein Soziales Europa hat auch in Österreich die
106 Chance, die Menschen zu überzeugen und zu gewinnen.
107

108 Europa ist stolz darauf, die universalen Menschenrechte verkündet zu haben. Dazu
109 gehören auch die sozialen Grundrechte. Die Menschen in aller Welt messen daher
110 Europa an seiner Fähigkeit, seinem Willen und seinem Beitrag, diesen universalen
111 Werten weltweit Geltung zu verschaffen und sie in seinem eigenen Handeln
112 umzusetzen. Die Europäische Union muss daher die Schaffung einer gerechten
113 Welthandelsordnung, die globale Durchsetzung sozialer, ökologischer und ethischer
114 Normen und den Respekt der kulturellen Identität als zentrale Ziele, insbesondere im
115 Rahmen der UNO, der internationalen Finanzinstitutionen und gegenüber der WTO
116 verfolgen.
117

118 **Aufgaben der Union nach Außen:**

119

- 120 • Ungleichheiten, die durch Marktversagen und unfaire Aufteilung von Kosten
121 und Nutzen der Globalisierung entstehen, sollen beseitigt werden. Dazu
122 gehört die Herstellung von Kostenwahrheit, insbesondere die Einbeziehung
123 von ökologischen Kosten (z.B. Kerosin- und Schiffsdieselbesteuerung,
124 Flugticketsteuer, etc.).
- 125 • Verbindliche internationale arbeitsrechtliche, soziale und ökologische
126 Mindeststandards verankern.
- 127 • Abschaffung der Exportstützungen in der Landwirtschaft.
- 128 • Schutz öffentlicher Daseinsvorsorge, wie z. B. Gesundheitsdienste.
- 129 • Globale Armutsbekämpfung und Erfüllung der Verpflichtung, die Mittel der
130 Entwicklungszusammenarbeit auf 0.7 Prozent des Bruttonationaleinkommens
131 anzuheben.
- 132 • Die Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen zur Erzeugung von
133 Agrotreibstoffen führt zur Verknappung von Nahrungsmitteln und muss
134 eingestellt werden. Ebenso muss von den aggressiven Beimischungszielen
135 von Agrotreibstoffen, die zur Zerstörung von Regenwäldern und Verknappung
136 von Nahrungsmitteln führen, abgegangen werden.
- 137 • Die Beseitigung von Diskriminierungen der Entwicklungsländer in
138 internationalen Organisationen.

139

140

140 **3. ÖSTERREICH: LASTEN, LEISTUNGEN UND CHANCEN** 141 **GERECHT VERTEILEN**

142
143 Österreich ist wohlhabend. Reich genug, um allen im Land ein anständiges Leben
144 garantieren zu können. Reich genug, um legale Pflege für alle, die ihrer bedürfen,
145 sicher stellen zu können. Reich genug, um allen Kindern optimale Chancen eines
146 modernen Bildungssystems bieten zu können. Aber wie Arbeit, Bildung und Macht ist
147 auch der Reichtum in Österreich ungleich verteilt.

148
149 Wer zahlt Abgaben und wer profitiert von öffentlichen Leistungen – das ist eine
150 Schlüsselfrage bei der Verteilung von Einkommen und Lebenschancen.

151
152 Heute ist das österreichische Sozialprodukt real viermal höher als vor 50 Jahren. Ein
153 großartiger Erfolg. Dennoch leben hierzulande mehr als eine Million Menschen an
154 oder bereits unter der Armutsgrenze.

155
156 Arbeit schützt nicht mehr vor Armut. Während die Einkommen des Managements in
157 börsennotierten Unternehmen inzwischen dramatisch gestiegen sind, führen
158 atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse immer öfter zu Armut trotz
159 Beschäftigung.

160
161 Noch ungleicher als Einkommen sind die Vermögen verteilt. Zehn Prozent der
162 Bevölkerung verfügen über fast siebzig Prozent des Vermögens. Einkommen aus
163 Besitz und Vermögen wachsen weit schneller als die Einkommen der
164 Lohnabhängigen.

165
166 Immer seltener entscheidet die persönliche Leistung über den eigenen Erfolg.
167 Soziale Ungleichheit wird vererbt. Wer oben ist, hat alle Chancen. Wer unten ist,
168 bleibt meist unten. Soziale Mobilität und Durchlässigkeit funktionieren immer öfter nur
169 in eine Richtung: nach unten.

170
171 Wir wollen das ändern:

- 172
- 173 • wir wollen die Lasten gerechter verteilen. Entlasten dort, wo es notwendig ist;
174 aber bisher Privilegierte sollen zur Finanzierung des Bildungs- und
175 Sozialstaats beitragen.
 - 176 • mit Gleichberechtigung von Frauen und Männern, und mit einem Totalumbau
177 von Bildung und Ausbildung gleiche Chancen für alle schaffen.
- 178

179

179 **3.1. Steuerlast gerecht verteilen**

180

181 Arbeit wird bestraft, Vermögen wird belohnt. 1990 machte das Aufkommen aus
182 Lohnsteuer, Einkommensteuer, Sozialversicherungsbeiträgen und
183 Lohnsummensteuern in Österreich 23.7% des BIP aus, 2005 waren es schon 26.4%.
184 In der EU15 gingen diese Abgaben geringfügig zurück (von 21.8% auf 21.7%). Im
185 gleichen Zeitraum fiel das Aufkommen an Vermögensteuern in Österreich von 1.1%
186 auf 0.6% des BIP, in der EU15 stieg es von 1.6% auf 2.1% an. Österreich hat neben
187 Mexiko, Tschechien und der Slowakei die niedrigsten Vermögensteuern unter den 30
188 Staaten der OECD.

189

190 Die weitaus stärkere steuerliche Belastung von Erwerbsarbeit gegenüber Vermögen
191 ist nicht nur unfair, sondern auch unklug. Teure Arbeit führt zu weniger
192 Beschäftigung. Am Ende soll dann wieder der Sozialstaat die Rechnung zahlen. So
193 kann und darf es nicht weitergehen. Daher schlagen die Grünen vor:

194

195 • **Untere Einkommen und die Mitte entlasten!**

196

197 Besonders die Einkommen unter 14.000,- Euro pro Jahr brauchen sowohl bei
198 Selbstständigen als auch bei unselbstständigen Erwerbstätigen dringend eine
199 Entlastung, werden aber durch eine Lohnsteuer- bzw. Einkommensteuersenkung
200 nicht erfasst. Daher treten die Grünen für eine Entlastung insbesondere der niedrigen
201 Einkommen bei den Sozialversicherungsbeiträgen über Freibeträge und/oder
202 Steuergutschriften (Negativsteuer) und Aufhebung der Mindestversicherungsbeiträge
203 ein. Alle Versicherungsansprüche bleiben gewahrt. Geplante Entlastung dieser
204 Einkommensgruppe ca. 1 Mrd. €.

205

206

207 Die kalte Progression belastet mittlere Einkommen in der LSt bzw ESt mit
208 Steuersätzen, die nie für sie gedacht waren. Das gehört bereinigt. Geplante
209 Entlastung 2,5 Mrd. €.

210

211 Davon entfallen mehr als 90% auf die Senkung der Steuersätze im unteren und
212 mittleren Einkommensbereich. So soll z.B. der Eingangssteuersatz von derzeit 38%
213 auf höchstens 33% gesenkt werden. Der Rest der Entlastung der Arbeitseinkommen
214 von den Folgen der kalten Progression betrifft die Anhebung der
215 Einkommensschwelle, ab der der unveränderte maximale Grenzsteuersatz von 50 %
216 greift, von derzeit 51.000 auf künftig 71.000 € steuerpflichtiges Jahreseinkommen.

217

218 • **Steueroasen austrocknen!**

219

220 3.5 Mrd. € Steuersenkungen sind kein Klacks. Soll die Finanzierung des Bildungs-
221 und Sozialstaats nicht gefährdet werden, braucht es Gegenfinanzierungen.

222

- 223 - Capital Gains Tax für Wertpapiere und Immobilien.
- 224 - Einschränkung der Steuerprivilegien von Stiftungen.
- 225 - Abschaffung der stock option - Steuerbegünstigung für
226 ManagerInnengehälter.
- 227 - Beschränkung der Sechstelbegünstigung (13./14. Monatsgehalt) auf
228 Jahreseinkommen unter 126.000 €. Anders ausgedrückt: die
229 Begünstigung des 13./14. Gehalts (6% LSt) endet, wenn eine

230 Lohnsteuerbemessungsgrundlage von 100.000 € überschritten wird.
231 Darüber liegende Gehaltsteile, und nur diese, werden dem normalen
232 ESt-Tarif unterworfen.
233 - Beitritt zur EU-Zinsenrichtlinie.

234
235 Geschätztes Mehraufkommen dieser vier Maßnahmen: bis zu 1 Mrd. €, je nach
236 Ausgestaltung der Capital Gains Tax.

237
238
239 • **Vermögen fair belasten!**

240
241 Arbeit hoch besteuern, Erben gar nicht? Das ist wirtschaftspolitisch falsch und
242 sozialpolitisch verfehlt. Wir schlagen eine neudefinierte Erbschaftsteuer vor: ein
243 Freibetrag von 200.000 € schützt kleine und „Normal“- Erbschaften. Darüber steigt
244 der Stufengrenzsatztarif schrittweise an, beginnend mit 10 %, bis er bei 500.000 €
245 die maximalen 25 % erreicht. Geschätztes Aufkommen: 1 Mrd. €.

246 (Dieser Tarif bedeutet: für ein Erbe von 300.000 € würden 3.7 % Steuer
247 anfallen, für ein Erbe von 1 Mio. € 17.5%, für ein Erbe von 10 Mio. €
248 24.25% - siehe Anhang.)

249
250 Was fast alle OECD-Staaten schaffen, sollte in Österreich nicht unmöglich sein: eine
251 moderate Vermögensbesteuerung. Unter 100.000 € (Freibetrag pro Person) wird
252 nicht besteuert, für darüberliegende Vermögensteile gilt ein konstanter Steuersatz
253 von 0.5%. Im Gegenzug wird die Grundsteuer abgeschafft. Die entfallende
254 Grundsteuer ist den Gemeinden zu ersetzen. Die Bewertung der Netto-Vermögen
255 orientiert sich grundsätzlich an Marktwerten. Für die Land- und Forstwirtschaft ist als
256 Bemessungsgrundlage für die Erbschafts- und Vermögensbesteuerung der
257 Einheitswert heranzuziehen. Geschätztes Netto-Aufkommen: 2.5 Mrd. €.

258 (Besitz ein Ehepaar mit zwei Kindern – pro Kind ein zusätzlicher FB
259 von 25.000 € - ein Vermögen von 500.000 €, so wären davon 1.250 €
260 pro Jahr oder 0.31% zu entrichten. Besteht dieses Vermögen aus
261 einem Haus, auf dem noch eine Hypothek von 200.000 € lastet, so
262 reduziert sich die VSt auf 250 € pro Jahr oder 0.08% – siehe Anhang.)

263
264 Mit diesen beiden Maßnahmen würde Österreich in der Vermögensbesteuerung das
265 Niveau der EU 15 noch nicht erreichen, ihm aber sehr nahe kommen.

266 267 **3.2. Chancengleichheit für alle schaffen**

268
269 Die Grünen beteiligen sich nicht am Wettbewerb der großmundigen
270 Steuersenkungsversprechungen aller anderen Parteien. Wer in die Zukunft
271 investieren will, muss entsprechend Geld in die Hand nehmen. Und wer die
272 Chancen für alle sichern will, muss auf der Ausgabenseite des Budgets die
273 notwendigen Prioritäten setzen. Kein Fleckerlteppich halbherziger Reförmchen ist
274 gefragt, sondern mutige und nachhaltige Maßnahmenpakete. Die Sicherung des
275 Sozialstaats gibt's nicht zum Nulltarif. Voraussetzung ist eine stabile steuerfinanzierte
276 Basis für den Ausbau zentraler öffentlicher Aufgaben wie Bildungs- und
277 Gesundheitswesen, Wissenschaft und Forschung, Betreuung und Pflege und ein
278 Armutsbekämpfungsprogramm, das den Namen verdient. Willkürliche
279 Steuersenkungen im Ausmaß mehrerer Milliarden Euro ohne Gegenfinanzierung

280 können und wollen wir uns nicht leisten. Die Stabilisierung der Abgabenquote
281 eröffnet hingegen sozial- und bildungspolitischen Handlungsspielraum.

282
283 Der vorliegende Leitantrag soll in drei zentralen politischen Handlungsfeldern
284 aufzeigen, wie Verteilungsgerechtigkeit hergestellt werden kann. Und dies ist erst der
285 Beginn eines umfassenden Forderungskatalogs. Prioritär wurden zunächst jene
286 Problembereiche ausgewählt, die sofort radikale Gegensteuerung verlangen, damit
287 Chancengleichheit in Zukunft für alle gesichert ist: damit Armut wirksam bekämpft
288 und nicht vererbt wird, die soziale Herkunft nicht weiterhin über Bildungs- und damit
289 Arbeitsmarktchancen entscheidet und Frauen endlich dieselben Erwerbs- und
290 Karrierechancen erhalten wie Männer.

291

292 ***Armut verhindern, Lebensqualität sichern***

293

294 Mehr als eine Million Menschen in Österreich müssen mit weniger als dem
295 Existenzminimum auskommen. 459.000 Menschen, davon 250.000 Kinder sind
296 außerdem mit derart erheblichen Einschränkungen konfrontiert, dass sie in
297 verfestigter Armut leben. 184.000 Menschen müssen mit Einkommen unter der
298 Armutsgefährdungsschwelle auskommen, obwohl sie ganzjährig vollzeitbeschäftigt
299 sind. 220.000 Menschen waren im Jahresdurchschnitt 2007 arbeitslos (März 2008:
300 210.456).

301

302 Das durchschnittliche Arbeitslosengeld (und erst recht die durchschnittliche
303 Notstandshilfe) liegt jedoch weit unter der Armutsgefährdungsschwelle. Die von der
304 Bundesregierung lange versprochene und nunmehr als Entwurf vorliegende
305 Mindestsicherung von 708,60 Euro netto, gekoppelt an zahlreiche Hürden, erreicht
306 diesen Mindestwert ebenfalls nicht!

307

308 Die „Generation Praktikum“ ist im besonderen Maße von unsicheren
309 Beschäftigungsverhältnissen und fehlender sozialer Absicherung betroffen. Viele
310 wandern von einem Praktikum oder freien Dienstvertrag zum nächsten und werden
311 schlecht oder gar nicht bezahlt, ersetzen dabei aber oft eine fixe Arbeitskraft.
312 PraktikantInnen sind keine billigen Dauerarbeitskräfte.

313

314 Das Modell der Grünen Grundsicherung gibt eine umfassende Antwort. Es schützt
315 nicht nur vor Armut, sondern schafft Chancen durch besseren Zugang zu Bildung, zu
316 selbstbestimmten und sozial gesicherten Freiräumen und Auszeiten und zu einer
317 qualitätsvollen Betreuung bei Arbeitslosigkeit.

318

319

320 Als Sofort-Maßnahmenpaket schlagen wir daher folgende Schritte vor:

321

322 • Ergänzung der Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung, der
323 Notstandshilfe und der Sozialhilfe durch eine am jeweiligen Bedarf orientierte
324 **Grundsicherungsleistung auf 900 €** (12 x jährlich) oder 771 € (14 x
325 jährlich) nach Muster des Ausgleichszulagenrichtsatzes. Diese wird einer
326 regelmäßigen Inflationsanpassung unterzogen.

327

328 • Ein **Mindestlohngesetz** legt die jährlich zu valorisierende Untergrenze für ein
329 existenzsicherndes Arbeitseinkommen fest. Ein Mindeststundensatz von 7.25
330 Euro brutto/Arbeitsstunde hebt das Lohnniveau und verbessert die

331 Existenzsicherung der derzeit 4 Prozent unselbstständig Beschäftigten mit
332 weniger als 7 Euro/Stunde.

333

334 • Voller **Versicherungsschutz** für alle Arbeitsverhältnisse.

335

336 • **Schaffung von beruflichen Auszeiten** für Ausbildung und Qualifikation
337 sowie Sabbaticals: Wer ein Sabbatjahr oder eine Bildungskarenz macht, erhält
338 ein um zehn Prozent erhöhtes Arbeitslosengeld, zumindest aber eine um zehn
339 Prozent erhöhte Grundsicherung. Darüber hinaus können angesparte Mittel
340 der MitarbeiterInnen-Vorsorgekassen steuerfrei zur Finanzierung beruflicher
341 Auszeiten herangezogen werden.

342

343 • Senkung der gesetzlichen **Normal- und Höchstarbeitszeit** auf 8 bzw. 10
344 Stunden pro Tag.

345

346 • **Neuorientierung des Arbeitsmarktservice**, das den Arbeitssuchenden eine
347 echte Unterstützung mit aktiver Betreuung und echte
348 Qualifizierungsmaßnahmen mit zertifizierten Abschlüssen anbietet.

349

350 • Einrichtung einer **weisungsfreien Arbeitslosenanzwaltschaft**, welche die
351 Rechte und Interessen von arbeitslosen Menschen gegenüber den Behörden
352 und dem Gesetzgeber vertritt.

353

354 ***Vorrang für Kinder, Zukunft gestalten, in Bildung investieren***

355

356 Wer Arbeitslosigkeit und Armut in Zukunft verhindern will, muss jetzt in die Förderung
357 und Ausbildung unserer Kinder investieren. Die Weichen für Chancengleichheit im
358 Leben werden unmittelbar nach der Geburt gestellt. Die Ergebnisse von PISA haben
359 für Österreich eindeutig nachgewiesen, dass große Leistungsunterschiede zwischen
360 SchülerInnen aus sozioökonomisch benachteiligten Familien und Kindern höherer
361 Bildungsschichten bestehen. Bildungsarmut ist erblich. Die Beseitigung dieses
362 Zustands ist eine zentrale Verteilungs- und Wachstumsfrage. Nur die Grünen
363 verlangen, dass allen Kindern hochwertige Betreuungs- und Bildungsangebote
364 unabhängig von Einkommen und sozialer Herkunft der Eltern garantiert werden und
365 dass Aufstieg, Karriere und lebenslanges Lernen kein Luxus ausgewählter
366 Führungseliten ist. Die familiäre Herkunft darf nicht über die Chancen im Leben
367 entscheiden. Schon deswegen muss mit einer wirksamen Frühförderung aller Kinder
368 gestartet werden.

369

370 Daher fordern die Grünen:

371

372 • Einen **Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige und kostenlose**
373 **Kinderbetreuung** für Kinder ab 1 Jahr bei gleichzeitiger Verlängerung und
374 Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen.
375 Langfristig soll dieser Rechtsanspruch ab Ende der Mutterschutzfrist
376 bestehen.

377

378 • **Kostenlose Kindergärten**, wobei individuelle Frühförderung im Rahmen von
379 verpflichtenden Kindergartenkernzeiten durch bestqualifizierte
380 KindergartenpädagogInnen erfolgt.

381

- 382 • Die **gemeinsame Schule der 6- bis 15-jährigen** mit einer stark verankerten
383 individuellen Förderung verhindert frühzeitige Selektion, schafft sozialen
384 Ausgleich und verbessert das Gesamtergebnis des Schulsystems.
385
386 • Einen **Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige Nachmittagsbetreuung**,
387 wobei die Eltern zwischen Nachmittagsbetreuung oder Ganztagschule
388 auswählen können. Dies garantiert den Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und
389 Familie und vermindert die Kosten für Nachhilfestunden.
390
391 • **Förderung der Mehrsprachigkeit** als Qualifikation für die Zukunft durch
392 sprachliche Förderung wie auch durch muttersprachliche Förderung für alle
393 Kinder.
394

395 Gemäß der derzeitigen Kompetenzverteilung sind Bund, Länder und Gemeinden von
396 diesen Reformen unterschiedlich betroffen. Im Finanzausgleich ist für diese
397 zusätzlichen Aufgaben und Ausgaben natürlich entsprechend vorzusorgen.
398

399 ***Frauen bemächtigen, Männer beteiligen!***

400
401 In unserer patriarchal geprägten Gesellschaft sind Einkommen und Vermögen,
402 Macht und Arbeit nicht nur zwischen arm und reich, sondern auch zwischen Mann
403 und Frau äußerst ungleich verteilt. Das betrifft gleich drei Ebenen:

- 404 • Prestigeträchtige, gut bezahlte Jobs und Führungspositionen sind
405 mehrheitlich Männern vorbehalten, während die Frauen in schlecht
406 bezahlten, prekären Arbeitsverhältnissen, atypischen Beschäftigungen und
407 bei Teilzeitjobs die überwältigende Mehrheit stellen.
408 • Aber auch innerhalb der gleichen Job- und Einkommensebene gibt es eine
409 dramatische Schieflage: selbst gleich gut qualifizierte Frauen ohne
410 Betreuungspflichten verdienen 20-30 % weniger als männliche Kollegen,
411 auch in den Vorstandsetagen.
412 • Den Löwenanteil der unbezahlten Arbeit in der Familie und der
413 Pflege/Betreuung erledigen die Frauen, die Männer beschäftigen sich in
414 erster Linie mit bezahlter Arbeit.
415

416 Das ist nicht länger hinzunehmen.
417

418
419 Daher müssen dringend folgende Ansätze verfolgt werden:
420

- 421 • **Führungspositionen:** Verbindliche Frauenquoten in Aufsichtsräten, die
422 Bindung der Parteienförderung an Frauenquoten, verpflichtende
423 Quotenvorgabe für die Besetzung von Führungspositionen an Universitäten
424 und im öffentlichen Dienst sollen dafür sorgen, dass das Ungleichgewicht
425 zwischen Männern und Frauen in Spitzenjobs rasch überwunden wird.
426
427 • **Gleichbehandlungsbilanz:** Verpflichtende Gleichbehandlungsbilanz in
428 Unternehmen, mit der Gleichbehandlung in
429 Beschäftigung/Einkommen/Karrierechancen messbar und überprüfbar wird,
430 und Bindung der Wirtschaftsförderung an eine positive
431 Gleichbehandlungsbilanz.
432

- 433
- 434
- 435
- 436
- 437
- 438
- 439
- 440
- 441
- 442
- 443
- 444
- 445
- 446
- 447
- 448
- 449
- 450
- 451
- 452
- 453
- 454
- 455
- 456
- 457
- 458
- 459
- 460
- 461
- 462
- **Arbeitsmarkt und Wirtschaft:** Verbesserung der AMS-Angebote für Frauen, Höher-Qualifizierung von Teilzeitbeschäftigten, ein gesetzlicher Mindeststundenlohn von 7,25 Euro und bessere Rahmenbedingungen für Unternehmerinnen sollen für einen Abbau von Einkommensunterschieden und eine Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft sorgen.
 - **Familienarbeit:** Eine partnerschaftliche Verteilung der Kinderbetreuung durch die Einführung eines erwerbsabhängigen Karenzgeldes nach dem Grünen Modell und die steuerliche Förderung von partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit soll zu einer Neuverteilung von Familienarbeit beitragen.
 - **Reform von Steuern & Abgaben:**
 - Abbau von frauendiskriminierenden Regelungen (einzelne Regeln kommen in der derzeitigen Form überwiegend Männern zugute) und Ausbau von Regeln, von denen Frauen mehr als Männer profitieren (SVB-Freibetrag für die ersten 200 € Monatseinkommen; Erhöhung des Alleinerzieherabsetzbetrags).
 - steuerliche Anreize für die partnerschaftliche Aufteilung von Kinderbetreuungs- und Erwerbsarbeit (Absetzbetrag für Paare, die in Kinderbetreuungsphasen beide Teilzeit arbeiten).
 - last not least: Innovative Instrumente wie eine LSt- und ESt-Reduktion für Frauen überprüfen (z. B. Alesina & Ichino, Gender Based Taxation, 2007); und die Individualbesteuerung jedenfalls beibehalten.

Schlusswort

463

464

465

466

467

468

469

470

Dieser Leitantrag macht klar, dass wir Grüne mit der Verwirklichung von mehr Sozialer Gerechtigkeit ernst machen – in Österreich, in der Europäischen Union, mit Massnahmen auf der Einnahmen- wie auch der Ausgabenseite des Budgets. Verteilungsgerechtigkeit muss einen größeren Stellenwert in der öffentlichen Debatte bekommen. Dafür werden wir Grüne sorgen.

471

472

473

474

475

476

477

Ohne Lösung der sozialen Frage ist auch ökologische Nachhaltigkeit nicht herstellbar. Ein zentrales Problem der Verteilung von Lebensqualität zwischen den Generationen ist der Klimawandel und der ungezügelte Verbrauch von begrenzten Ressourcen. Um irreversible Klimareaktionen zu vermeiden, muss in den kommenden Jahren und Jahrzehnten der Ausstieg aus dem fossilen Industriezeitalter gelingen.

478

479

480

481

In diesem Kontext legen die Grünen ein revidiertes Konzept für eine Ökosoziale Steuerreform vor, die den Intentionen dieses Leitantrags entspricht: Verringerung der steuerlichen Belastung von Arbeit, Erhöhung der Besteuerung fossiler Energieträger, in Summe aufkommensneutral, wirtschafts- und sozialverträglich.